

9. Ausgabe – 19. September 2006

Kauf des Liebknecht-Hauses beschlossen

Vor zehn Jahren haben widrige politische Umstände die Umsetzung einer strategischen Entscheidung verhindert, die nunmehr Wirklichkeit wird.

Auf der 4. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz der Leipziger Linkspartei am 4. September 2006 wurde mit großer Mehrheit der Kauf des Liebknecht-Hauses beschlossen und die parteieigene Immobilienfirma VULKAN mit dem Erwerb des Hauses von der LWB beauftragt. Sicher war die damalige Kaufblockade damit verbunden, dass der Stellenwert unserer Partei seinerzeit längst nicht so groß war wie heute; ein Bürgermeister der Linkspartei.PDS wäre beispielsweise seinerzeit undenkbar gewesen; der damals abgeschlossene Erbaupachtvertrag war nur eine Notlösung.

Von 1867 bis 1881

hatte die Familie Liebknecht bekanntlich im Erdgeschoss der Braustraße 15 gelebt, hier wurde Karl Liebknecht geboren, 1874 war Karl Marx in diesem Hause zu Gast. Es dürfte in der gesamten Bundesrepublik kein zweites Haus geben, das auf eine ähnliche Bedeutung und Tradition für die sozialistische Bewegung verweisen kann: das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass nach der Niederlage der europäischen Revolution von 1848/49 für den welt-historischen Aufbruch des Proletariats in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts keine Stadt von größerer Bedeutung war als Leipzig.

Für den Hauserwerb zum jetzigen Zeitpunkt sprechen neben den günstigen Konditionen seitens des Verkäufers

aber nicht nur finanzpolitische, sondern auch politisch-strategische Gründe, die in der Geschichte des Hauses wurzeln. In diesen Wochen und Monaten will die deutsche Linke unter dem Druck einer neoliberalen Großkoalition aller anderen Parteien mit einer neuformierten Partei wieder die Initiative zurück gewinnen, Ost- und Westlinke, Linkspartei.PDS und WASG, wollen unter ein gemeinsames Dach. Diese aktu-



elle Entwicklung, deren erfolgreicher Abschluss keinesfalls schon gesichert ist, drängt geradezu nach Fragen an die Geschichte, denn die Herausbildung und Entwicklung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung war immer ein Prozess der Formierung, der Brüche und Spaltungen, der Neukonstituierung; es war immer ein mühsamer und widerspruchsvoller Prozess, mit mindestens drei historischen Zäsuren, wovon zwei untrennbar mit dem Namen Liebknecht verbunden sind: 1875 das Zusammengehen von Eisenachern und Lassallianern, 1914 das Auseinanderbrechen der SPD und die sechs Jahre später erfolgte Vereinigung von KPD mit großen Teilen der USPD sowie das Zusammengehen von

Kommunisten und Sozialdemokraten 1946 durch Gründung der SED. Nach rund 130 Jahren steht nun zum vierten Mal - diesmal sicher in etwas bescheidenerer Form - eine Einigung der deutschen Linken auf der Tagesordnung.

Mit der Kaufentscheidung bekennt sich die Leipziger Linkspartei zu diesen historischen Wurzeln und sendet durch die geplante gemeinsame Nutzung des

Hauses mit der WASG zugleich ein bescheidenes politisches Signal im hoffentlich erfolgreichen Parteieubildungsprozess aus.

Das Liebknecht-Haus ist seit mehreren Jahren identitätsstiftend für die Leipziger Linkspartei. Es ist in der Öffentlichkeit bekannt und verankert, nicht zuletzt dank seiner Lagegunst, denn das Gebäude befindet sich

wenige Meter von der stadtbekannteren Löffelfamilie und vom Sitz der Gewerkschaften im Volkshaus entfernt. Allerdings ist noch immer viel zu tun, um den herkömmlichen Parteisitz noch stärker in ein linkes politisch-kulturelles Begegnungszentrum zu verwandeln. Es wäre sehr erfreulich, wenn sich in den nächsten Wochen und Monaten möglichst viele Parteimitglieder dafür engagieren, damit spätestens im Superwahljahr 2009 eine Vision Wirklichkeit wird, eine Vision die u.a. eine behindertengerechte Gestaltung des Eingangsbereichs, ein verbessertes Wegeleitsystem im Haus sowie ein multifunktionalen Keller mit lebendiger Jugendkultur umfasst.

Volker Külöw

Aktiv für das Waldstraßen- viertel bis zuletzt

In diesem Beitrag soll das Wirken von Genossen Georg Ritzka aus dem Waldstraßenviertel gewürdigt werden, der vor wenigen Wochen verstorben ist.

Höhepunkt seines politischen Wirkens seit 1990 war 1999 die kurzzeitige Zugehörigkeit als nachrückender Stadtrat in unserer Fraktion und die Mitarbeit im Stadtbezirksbeirat von 1995 – 1999.

Georg Ritzka und seine Frau Ursula hatten großen Anteil daran, dass sich die Basisorganisationen der Partei im Waldstraßenviertel 1990 formierten und sich Mitglieder der PDS aktiv in die Arbeit eines der ersten Bürgervereine, dem Bürgerverein Waldstraßenviertel, sowie seiner Arbeitsgruppen einbrachten und sich so für Bürgerinteressen stark machten.

Eine erste Bewährungsprobe war die Kommunalwahl im Mai 1990. Er unterstützte im gesamten Stadtbezirk die Kandidaten der PDS. Als erster Ortsverband beschloss der PDS-Ortsverband Waldstraßenviertel bereits 1992 ein Kommunalpolitisches Konzept, welches unter Mitarbeit der Wahlkreisabgeordneten der damaligen PDS/DF-Fraktion entstand. Zahlreiche der darin aufgestellten Ziele wurden in den zurückliegenden Jahren verwirklicht, wie die Sicherung des Wohnens auch für ältere Menschen, Kranke, Behinderte und Einkommensschwache, die Markierung von Parkplätzen, die Schulwegsicherung über die Jahnallee durch Bau einer Lichtsignalanlage, die Verbesserung der Lebensmittel-

versorgung im nördlichen Waldstraßenviertel, die Rekonstruktion von Kinderspielflächen sowie die Schaffung von Räumlichkeiten zur Bürgerbegegnung.

Georg Ritzka gehörte zu jenen, die die Umsetzung aktiv beförderten. Im November 1992 berichtete die LVZ von einem „Rundgang im Waldstraßenviertel“, den er organisiert hatte und zu dem er neben der Presse mich als Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung eingeladen hatte. Vertreter der ebenfalls eingeladenen LWB waren leider nicht erschienen. Dabei ging es um Restleistungen und Mängel bei der Sanierung von LWB-Wohnungen zwischen Max-Planck-Straße und Waldstraße, wobei auch das Geschaffene gewürdigt wurde. Zur Sprache kam aber vor allem die ungenügende Kommunikation zwischen den Mietern und der LWB. Heute liest sich das wie aus einer längst vergangenen Zeit. Dank der guten Zusammenarbeit des PDS-Ortsverbandes mit seinen Wahlkreisabgeordneten wurden wiederholt Bürgerforen mit großer Teilnahme der Bewohner organisiert. So ging es bei einem Forum um die Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten im nördlichen Bereich des Wohngebietes oder um die Schaffung von kleineren Wohnungen, damit Bewohner, deren Gründerzeitwohnungen zu groß sind, nicht das Wohngebiet verlassen müssen. Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Grüne, die am PDS-Forum teilnahmen, brachten diesen Vorschlag als Antrag in die Stadtverordne-

tenversammlung ein. Auf dem Gelände des ehemaligen Kfz-Instandsetzungsbetriebes entstanden in den Folgejahren neben einem Opel-Autohaus, ein Konsum-Supermarkt und Neubauwohnungen.

Wahlkreisabgeordneter Peter Langer arbeitete mehrere Jahre an Lösungen für den ruhenden Verkehr und für die Herausnahme des Durchgangsverkehrs in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Verkehrsplanungsamt und Bürgerverein mit. Die erarbeiteten Vorschläge wurden in diesem Jahr mit der Fertigstellung der neu gestalteten Jahnallee und der Gustav-Adolf-Straße als verkehrsberuhigte Straße vollständig umgesetzt.

Aber bei der Sanierung der LWB-Wohnungen in der Eitigonstraße tat sich in den Folgejahren nichts. So ergriff Georg Ritzka 2004 die Initiative und es fanden mit meiner Unterstützung als Aufsichtsratsmitglied Gespräche bei der LWB-Geschäftsstelle Nord statt, um abzuwägen, wie trotz finanzieller Engpässe eine Sanierung des Wohnquartiers erfolgen kann und die Mieter trotzdem die Mieten auch zukünftig bezahlen können. Zu den Gesprächen wurden weitere Mieter eingeladen. Es kostete viel Zeit bis ein Sanierungs- und Finanzierungskonzept stand, welches diese Ansprüche erfüllte. Ende 2005 schließlich begann die Sanierung. So konnte ich Georg noch im Frühjahr in seiner sanierten Wohnung besuchen. Georg und Ursula konnten sich leider nur wenige Monate an ihrer Wohnung erfreuen. Auch durch ihr Engagement bis zuletzt, trotz Krankheit, haben zahlreiche Mieter ein neues schönes und bezahlbares Zuhause inmitten der Stadt gefunden. *Siegfried Schlegel*

IG Wohnen soll als AG Stadtentwicklung weitergeführt werden

Bereits 1991 entstand unter maßgeblicher Initiative von Horst Paul angesichts zunehmender Unsicherheit das Wohnen betreffend und aus eigener Betroffenheit die IG Wohnen, die von Anbeginn eng mit der Fraktion zusammenarbeitete. Seit vielen Jahren haben Elfried Haase, Dr. Siegfried Schmidt und Klaus Schneider aktiv mitgearbeitet. Über mehrere Jahre arbeitete deshalb Horst Paul auch im Arbeitskreis 3 der Fraktion mit. Gleichzeitig trat der wohnungspolitische Sprecher der Fraktion, Siegfried Schlegel, der IG Wohnen bei.

Zahlreiche Initiativen gingen von der IG aus. So wurden maßgeblich durch die IG die Wohnungspolitischen Leitlinien des Stadtverbandes „Wohnen ist ein Menschenrecht“ (1995) und als Neufassung „Für bezahlbares und sicheres Wohnen“ oder die Leitlinien zur Stadtentwicklung „Leipzig eine menschliche Stadt“ (1995) mit erarbeitet. Immer aktuell waren auch die zahlreichen gemeinsam mit der Fraktion organisierten Foren rund ums Wohnen und Mieten im Rathaus oder vor Ort in den Stadtteilen. Die bisherigen Mit-

glieder werden sich trotz ihres hohen Alters weiterhin aktiv in die AG einbringen oder tragen Verantwortung in ihren Ortsverbänden.

Im Oktober soll die IG ihre Arbeit nunmehr als AG Stadtentwicklung beim Stadtvorstand fortführen, die sich neben dem Wohnen auch der sozialen und ökologischen Stadterneuerung widmen soll. Dafür werden aktive Mitstreiter gesucht - mit vorhandener Kompetenz oder Interesse, diese zu erwerben. Interessenten melden sich bei Steffi Deutschmann im Liebknecht-Haus oder Siegfried Schlegel, Sprecher für Stadtentwicklung der Stadtratsfraktion Die Linke.PDS.

Kein Verkauf oder Teilverkauf von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge

Zur Situation: Die Stadt Leipzig ist mit etwa einer Milliarde Euro verschuldet. Und der Haushalt der Stadt Leipzig kommt nicht aus den roten Zahlen.

Leipzig befindet sich in der Phase der Haushaltskonsolidierung und wird von der Kommunalaufsicht - Regierungspräsidium - verpflichtet, eigene Anstrengungen zu unternehmen, die Verschuldung zurückzuführen und den Haushalt auszugleichen. Die Rathaus-spitze in Leipzig hat sich offensichtlich darauf eingelassen, beide Probleme mit einer Lösung zu bewältigen: dem Verkauf kommunalen Eigentums. Mit dem Verkauf sollen nicht nur die Schulden der Stadt reduziert, sondern zugleich der Haushalt saniert werden.

Oberbürgermeister Jung will die Pro-Kopf-Verschuldung in Leipzig senken und lässt prüfen, welches kommunale Eigentum sich wie veräußern lässt. Mit der LWB, den Stadtwerken, den kommunalen Wasserwerken, der LVB oder der Stadtreinigung stehen zentrale Bereiche der öffentlichen, kommunalen Daseinsvorsorge zur Disposition. Im günstigsten Falle versucht Jung, dem Wahlversprechen, diesen Bereich von der „Privatisierung“ auszunehmen, wenigstens scheinbar treu zu bleiben, indem er an den Betrieben den Hauch einer Mehrheit behalten will. Wie ansonsten bei den neoliberalen Sanierungsvorschlägen üblich, wird das Vorurteil „Privat = besser und billiger“ als Wahrheit unterstellt. Diese These wird nicht wirklich vonseiten der politischen Verantwortungsträger der Evaluierung unterzogen. Auch sind sie nicht bemüht, die Konsequenzen einer Veräußerung zu prüfen und durchzurechnen, noch suchen sie nach wirklichen Alternativen.

Als zweites Ziel soll das strukturelle Defizit im Haushalt beseitigt werden. Der Stadtrat hat dem Haushaltskonsolidierungsplan zugestimmt und somit der Verpflichtung, im ersten Schritt etwa 200 Millionen Euro Schulden abzubauen. Um die Lasten für den laufenden Haushalt spürbar zu verringern, müssten jedoch die Schulden um einen Betrag von etwa 350 - 400 Millionen Euro abgebaut werden. Denn die in den

Beispielen beschriebenen Folgen von Unternehmensverkäufen oder Teilverkäufen zeigen, dass unter Umständen, wie etwa jetzt beim geplanten Verkauf von 49,9 % der Stadtwerke, die Schuldenlast zwar sinkt, die Belastung für den laufenden Haushalt durch Mindereinnahmen jedoch zunimmt. Aus einer Reduktion der Schulden folgt eben nicht automatisch eine geringere Belastung im laufenden Haushalt.

Der Verkauf von 49,9 % der Stadtwerke hätte zur direkten Folge, dass die Zahlungen für Zinsen und Tilgung aus dem städtischen Haushalt nicht zurückgingen, sondern um etwa 10 Millionen Euro zunehmen.

Andererseits ist absehbar, dass es zu einem Ausverkauf des kommunalen Eigentums käme, wollte man einen so hohen Verkaufserlös erzielen, dass sich der Schuldenabbau spürbar im laufenden Haushalt bemerkbar machte. Selbst bei einem hohen Verkaufserlös wäre ein positiver Effekt auf den Haushalt keineswegs sicher, denn die sinkende Zinslast könnte durch Folgeeffekte wie höhere Wohngeldaufwendungen aufgewogen werden.

Fazit: Aufgrund der gegenseitigen Verflechtungen verbieten sich Schnellschüsse von selbst: sie werden nach hinten losgehen und weitere Kosten auf die Stadt laden.

Frei nach dem Motto „Wir haben keine Ahnung, was wir tun - aber wir fangen schon mal an“ soll dem Stadtrat bis zum 11. Oktober dieses Jahres ein Papier zum Verkauf kommunalen Eigentums vorgelegt werden, der dann bis Mitte nächsten Jahres entschieden sein soll.

Deshalb: Die WASG Leipzig fordert:

Kein Verkauf oder Teilverkauf von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge!

In Leipzig muss ein öffentlicher Diskurs entstehen, wie und in welchen Zeiträumen alternative Konzepte zur Sanierung des Haushaltes ohne weitere soziale Einschnitte und zur Gestaltung der Leipziger Unternehmensstruktur entwickelt und umgesetzt werden kann. Denn das Vermögen der Stadt - Gebäude und Wohnungsbestand der LWB,

Stadtwerke, Wasserwerke, LVB und andere kommunale Unternehmen - ist Eigentum der Bürgerschaft, zum Teil über Jahrhunderte zusammengetragen und erwirtschaftet durch das Engagement und das Geld der Bürger. Es ist zugleich das Erbe der Generationen für die nachfolgenden. Ein egoistischer Verkauf zugunsten kurzfristiger Schuldtilgung vergeudet die Zukunft der Kinder und Kindeskinde und ihre öffentliche Daseinsvorsorge und gibt sie dem freien Spiel der Marktkräfte preis.

Die WASG Leipzig wird sich mit allen Kräften zusammen mit Bürgern, Beschäftigten und Gewerkschaften gegen einen Verkauf oder Teilverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge wenden. Sie wird dabei sowohl ein/en Bürgerbegehren/Bürgerentscheid gegen die Privatisierung wie jegliche Protestmaßnahmen der Beschäftigten bis hin zum Streik aktiv unterstützen.

Der Stadtrat muss sich und der Bürgerschaft die notwendige Zeit einräumen, um sachkundig und kompetent Entscheidungen treffen und verstehen zu können. Das Recht der Bürgerschaft muss bestehen bleiben, selbst ein Urteil in so zentralen Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu fällen. Wir brauchen eine Bürgerbefragung zum Verkauf von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge!

Die WASG fordert die Stadträte, insbesondere die Stadträte der Linkspartei auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um sich für eine gerechte Gemeindefinanzreform und eine gerechte allgemeine Steuerreform in Deutschland einzusetzen, die den Kommunen die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Handlungssouveränität zurück gibt.

Beispiel LWB:

Die LWB steht kurz vor der Gewinnschwelle, Überschuss 2005: 312.000 Euro. Wer das Unternehmen verkauft, verschenkt die über Jahre investierten Gelder. Er verschenkt die direkten Investitionen in den Wohnungs- und Immobilienbestand. Er verschenkt, was die LWB für den Rückbau und Abriss an Geld und Gebäuden geopfert hat, um unter anderem auch den privaten Immobilienmarkt zu stabilisieren. Der Verkauf von kommunalem Eigentum

insbesondere von hochwertigen Filetstücken des Immobilienbestandes könnte überdies an die wirtschaftliche Substanz der LWB gehen, weil diese mit ihren hochwertigen die geringwertigen Immobilien subventioniert. Eine solche Quersubventionierung widerspricht aber den Profitinteressen von Privatinvestoren, unabhängig davon, ob die LWB schließlich komplett oder anteilig als Unternehmen verkauft würde, oder ob große Bestände Block für Block verkauft würden. Zudem nähme sich die Stadt jeden Spielraum, auch künftig lenkend auf den Immobilienmarkt einzuwirken. Die Steuerungsfunktion fiele weg. Die Gewährleistungspflicht der Stadt für sozialen Wohnraum bliebe bestehen und müsste - einen Totalverkauf angenommen - durch den Kauf von Belegrechten gesichert werden.

Beispiel LVV:

Unter dem Dach der LVV sind die großen städtischen Betriebe zusammengefasst: Stadtwerke, Wasserwerke, Verkehrsbetriebe. Die besondere Struktur dieser Verflechtung ermöglicht es, einen zusätzlichen Zufluss an die Stadt aufgrund einer Körperschaftsteuersparnis zu realisieren. Diese Firmenkonstruktion schafft die Voraussetzung, die Nahverkehrssparte der LVB mit jährlich knapp 60 Millionen Euro zu stützen, ohne die Stadt direkt in

Anspruch nehmen zu müssen. Dies sichert die Fahrpreishöhe und vor allem die Möglichkeit, auch für sozial Schwache Sondertarife zu entwickeln - auch wenn dies in noch nicht gewünschtem Maße gelungen ist. Daneben führt die LVV Gewinne an die Stadt für den laufenden Haushalt in Größenordnungen ab.

Sollte nunmehr beispielsweise die Hälfte der den nötigen Überschuss erwirtschaftenden Unternehmen verkauft werden, verbliebe der LVV auch nur die Hälfte der Gewinne zur Quersubventionierung bzw. zur Abführung an den Haushalt der Stadt. In Folge dessen müsste die Stadt zusätzlich 10 Millionen für die LVB aufbringen. Also hätte die Stadt zwar weniger Schulden, aber dafür jedes Jahr ein um 10 Millionen Euro größeres Loch im Haushalt, das sie entweder durch NEUE Schulden, oder durch Gebührenerhöhungen etc. abdecken müsste. Dies wiederum wäre widersinnig, denn die Stadt könnte auch die Gebühren erhöhen, ohne Anteile an den Stadt- und Wasserwerken zu verkaufen!

Beispiel Stadtreinigung:

Selbst offiziell wird konstatiert, dass die von der Stadtreinigung erbrachten Dienstleistungen von einem privaten Unternehmen nur unter bestimmten Voraussetzungen rentabel und gewinnbringend geführt werden können. Da

die Kosten massiv gesenkt werden würden, wäre diese Kostensenkung nur durch Gebühren-, also Preiserhöhung oder durch Lohnsenkung zu erbringen. Die Folge wäre nach Berechnungen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di eine Lohnkürzung von mehr als 30%. Somit würden mit dem Verkauf der Stadtreinigung viele Angestellte in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Dies würde nicht nur für die Betroffenen zur finanziellen Katastrophe werden, sondern auch für die Stadt Leipzig. Die Stadt hätte für Wohngeld und andere ergänzenden Hilfen zum laufenden Lebensunterhalt einzustehen und müsste unmittelbar für die Kosten der Verarmung geradestehen, die sie mit dem Verkauf der Stadtreinigung erst ermöglicht hätte. Mittelbar würde der Kaufkraftabfluss durch diese Einkommensausfälle bei den Beschäftigten der kommunalen Unternehmen zudem auf den Einzelhandels- und Handwerksbestand mit gravierenden Folgen durchschlagen.

P.S.: wer sich gegen Privatisierung engagieren, oder einfach nur informieren möchte, kann dies auch parteiübergreifend bei „April“, der Anti-PRivatisierungs-Initiative Leipzig, unter <http://www.april-netzwerk.de>

*Ralf Stautenberg
KV WASG Leipzig*

Für eine sozialere Gesellschaft

Im Herbst diesen Jahres stehen wichtige gesetzliche Änderungen mit weitreichenden Auswirkungen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an. Schwerpunkte sind die Gesundheitspolitik, die Rentenpolitik, die Verschärfung von Hartz IV, Mindestlöhne und die Steuerpolitik. Damit unsere Forderungen und die der Gewerkschaften berücksichtigt werden, müssen wir sie öffentlichkeits- und medienwirksam zu Gehör bringen, aber auch entsprechende Präsenz zeigen.

Deshalb unterstützen die Linkspartei.PDS Sachsen und die WASG Sachsen den vom DGB Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 4. 7. 2006 beschlossenen bundesweiten Aktionstag am 21. 10. 2006 in Berlin.

Ziel ist es, unsere, aber auch die gewerkschaftlichen Vorstellungen an die Entscheidungsträger in Regierung und Parlament heran zutragen und gleichzeitig darüber aufzuklären und hierfür zu mobilisieren.

Die Gesetzgebung wird im Herbst 2006 eingeleitet. Da die Terminlage der Gesetzgebung unübersichtlich ist, können sich die Planungen nicht unmittelbar an den Gesetzgebungsverfahren orientieren.

Deshalb sollten wir wie die Gewerkschaften über den Herbst hinaus unterstützen und uns zu unseren Vorstellungen positionieren und mobilisieren. Denn es ist zu erwarten, dass die Gesetzgebung zur Rentenreform sich bis zum Frühjahr erstrecken wird. Zudem

beginnt zum Jahresanfang 2007 die EU-Ratspräsidentschaft, so dass sich die sozialpolitische Auseinandersetzung auch auf das EU-Sozialmodell erstrecken wird.

Themenschwerpunkte zum Aktionstag sind u. a.:

Generationensolidarität

- Ausbildung
- Jugendarbeitslosigkeit
- Rente

Verteilungsgerechtigkeit

- Mindestlöhne
- Hartz IV
- Unternehmenssteuerreform

Solidarisches Gesundheitswesen Mitbestimmung

- Erhalt und Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung.
- Erhalt und Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung.

Ein Tag in Mathare – Mit den „Ärzten für die 3. Welt“ zur Arbeit in Nairobi

Der Wecker klingelt 6:30. Gegen 7 Uhr trudeln wir sechs Ärzte zum gemeinsamen Frühstück ein, Jeder legt mit Hand an, denn Michael, unserer Küchenchef, kommt erst später. Es gibt Kaffee, Tee, Toastbrot mit Marmelade und Obst. Meist sitzen wir dann noch 10 Minuten zusammen vor unserem Office, ehe wir uns zu Fuß auf den Weg in den Slum machen.

Zuerst geht es noch vorbei an gepflegten Spotplätzen und einer Bank. Man ahnt nicht, dass, nur durch eine schmale Gasse getrennt, sich dahinter einer der größten Slums Nairobis verbirgt. Tritt man aus der Gasse heraus, eröffnet sich der Blick auf eine eng aneinander geschmiegte Wellblechsiedlung, die sich hinunter ins Tal und entlang des kleinen Matharerivers hinzieht. 100.000 Menschen sollen hier auf kleinsten Raum leben.

Wir laufen über eine kleine Müllhalde, auf einem Weg, der sich nur ahnen lässt, hinunter in den Slum, von dem vielfachen Ruf der Kinder begleitet „How are you“ Das beherrschen auf unserem Weg selbst die Kleinsten. Viele Erwachsene nicken uns freundlich zu, einige begrüßen uns im Vorbeigehen mit Handschlag. Nur ein kurzes Stück geht es dann auf einer asphaltierten Slumstraße bis zu unserem „Baraka-Medical-Center“, so der offizielle Namen. Es ist das einzig größere Gebäude hier. Vor dem Haus sitzen auf langen Bänken, auf jeder Seite in drei Reihen die Patienten, mitunter schon seit 5 Uhr. Die glücklicheren und schwerkranken haben schon auf den Innenhof erreicht oder stehen in langer Schlange vor der Annahme. Jeder wird gewogen und bei jedem wird Fieber gemessen. Das ist wegen den hier häufig vorkommenden Erkrankungen wie Malaria, Aids und Durchfällen sehr sinnvoll.

Wir können pro Tag immer nur etwa 330 bis 350 neue Patienten annehmen. Es gibt noch keinen Strom. Anfangs war es für mich unfassbar, dass so eine große Einrichtung mit Labor, Apotheke, Verbandsraum (einschließlich kleinerer Operationen) so ohne Strom arbeiten kann. Nun habe ich mich schon fast daran gewöhnt. Aber jetzt in der trüben Jahreszeit, es ist Winter, ertappe

ich mich doch dabei, dass ich den Lichtschalter betätigen will. Er ist ja vorhanden und der Anschluss schon lange versprochen. Aber afrikanische Uhren tikken leider öfter sehr langsam.

Der Tag beginnt gut, wenn nicht gleich zu Anfang die Tür aufgeht und ein schwerkranker Patient hineingetragen wird oder man ihn schon einen auf der Liege vorfindet.

Unsere Sprache ist englisch. Jeder Arzt hat einen Übersetzerin und zugleich Sprechstundenhilfe, die von Kisuheli und mitunter auch aus einer anderen Sprache das Hin- und Herübersetzen übernimmt. Es kommt auch vor, dass noch ein weiterer Übersetzer, meist aus



der Familie dazwischengeschaltet werden muss, weil die Oma oder der Opa nur seine seltene Sprache sprechen. Unser Patientengut ist sehr gemischt, Männer, Frauen und viele Kinder von Knochenbruch, schwerster Verbrennung über Aids, TB, Durchfall, Wurmkrankheiten bis zum einfachen Schnupfen. Sehr viele Patienten, besonders Frauen, kommen „nur“ wegen Abnutzungserscheinungen und Magenbeschwerden. In solchen Fällen können wir nur mit ein paar Schmerzmitteln, Einreibungen und ein paar vagen guten Ratschlägen helfen, weil wir nicht wissen, ob denn überhaupt einen Bank da ist, auf die sie ihre Waschschüsseln stellen können. Meist müssen sie in gänzlich ungesunder Haltung am Fluss oder der Wasserstelle waschen.

Immer wieder ist es erschreckend, weit fortgeschrittene Krankheitsbilder zu sehen. Die Krankengeschichte erstreckt sich häufig über Monate und Jahre. Krankheiten wie fortgeschrittenen Tuberkulose, fortgeschrittene Tumoren, alte Knochenbrüche, alte Verletzungen, schwere Unter- und Mangelernährung sind häufig. Mitunter ist schon einmal anbehandelt worden. Dann war kein Geld mehr da und die Behandlung wurde abgebrochen.

Und natürlich immer wieder Aids, meist bei Patienten im jüngeren und mittleren Alter und in allen Stadien. Nicht selten ist dann die ganze Familie betroffen. Besonders für Frauen ist die Krankheit dazu noch ein Stigma. Wenn die Diagnose gestellt ist, wird die Weiterbehandlung von unseren

kenianischen Mitarbeitern, den Clinical Officers, übernommen. Das ist eine Ausbildungsstufe zwischen Arzt und Schwester, die es bei uns nicht gibt.

Es ist wichtig, dass diese Patienten eine kontinuierliche Betreuung haben. Sie sollte ohne Sprachbarrieren sein. Nur wenn der Patient mitarbeitet kann behandelt und vor allem die weitere Ausbreitung eingedämmt werden.

Das Gesundheitswesen ist natürlich nicht kostenlos und es gibt noch keine Krankenversicherung. Sie ist aber im Aufbau. Arzt und Medikamente müssen bezahlt werden, auch in den staatlichen und kommunalen Einrichtungen. Bei uns wird ein kleiner Obolus verlangt, 60 Keniaschillinge, umgerechnet etwa 50 Cent. Ganz Mittellose bekommen die Behandlung frei. Wir bezahlen

auch unter Umständen weitere Untersuchungen und Behandlungen, die lebensnotwendig aber bei uns nicht machbar sind. Natürlich kann das immer nur das allernotwendigste sein. Unsere Mitarbeiter vor Ort und Sozialarbeiter prüfen in solchen Fällen die Bedürftigkeit. Das ist ein schwerer Job. Denn wo sind die Grenzen zu setzen? Da kommen Menschen mit Hirntumoren und schlimmen Schmerzen, Taubheit, Herzerkrankungen und vielen anderen Krankheiten, die eigentlich operiert und behandelt werden könnten. Aber sie haben kein Geld. Unsere Organisation kann das leider nicht alles tragen. So können wir sehr häufig nur mit ein paar Schmerz- oder Beruhigungsmitteln weiterhelfen. Weiterführende Untersuchungen haben nur Zweck, wenn die Hoffnung auf weitere Behandlungsmöglichkeiten besteht. Gegen 10 Uhr erscheint Nora, unsere Küchenhilfe mit einer Tasse heißen Tees mit Milch. Das tut sehr gut. Wir können natürlich immer nur einen Schluck zwischendurch nehmen. Die Patienten warten. Zwischendurch werfe ich immer einmal einen orientierenden Blick auf die Nummer, die der Patient, in seiner Karte hat, damit ich weiß, ob wir im Zeitlimit liegen. Die Patienten kommen in der Regel mit großen Erwartungen zu uns, weil sie schon lange krank sind. Da muss man schon Zeit für ein paar Worte haben, vor allem, wenn man nur helfen aber nicht heilen kann. Husten und Schnupfen müssen dann schnell abgehandelt werden. Ohne Medikament, das dann ohne weitere Kosten in unserer Pharmazie abgegeben wird, will keiner gehen. Jedoch sind Vitamintabletten und Wurmmittel immer angebracht. Alle Patienten schildern ihre und die Beschwerden ihrer Kinder sehr gestreicht. Auf die schmerzende Stelle wird noch einmal kräftig gedrückt. Die Kinder halten das ohne Geschrei aus. Aber wenn dann die „Muzungu“, die Weiße, sie anfasst, brüllen viele aus vollster Kehle, bis sie endlich wieder auf Mamas Schoß sitzen. Die darf ihnen dann beim Anziehen fast den Kopf abreißen. Das wird lautlos ertragen. Inzwischen kann ich mir oft schon aus den Gesten und sich ständig wiederholenden Worten ein Bild von der Erkrankung machen.

Um 13 Uhr dann endlich Pause mit heißem Tee und Toastbrot sandwich. Einmal in der Woche sogar mit Wurst und einmal mit Käse belegt, ansonsten mit Salat oder Tomaten. Aber ich bin dann so hungrig, dass ich es fast verschlinge. Dazu wieder heißer Tee oder Kaffee mit viel Milch. Eine halbe Stunde gönnen wir uns. Häufig wird dabei noch über komplizierte Fälle beraten. Die Patienten warten geduldig, bis wir zurück sind.

Jeden Mittwoch geht ein Arzt zum Hausbesuch mit einem „Healthworker“, der für die ambulante Betreuung zuständig ist. Wir besuchen und behandeln dann die Patienten, die nicht mehr den mitunter abenteuerlichen Weg zu uns zurücklegen können, Sehr oft leiden sie an fortgeschrittenen Stadien von Aids und TB, schweren Herzkrankheiten, Schlaganfällen, Altersschwäche. Meist können wir nur Schmerzen lindern, Flüssigkeit zuführen und ein paar nette Worte sagen.

Drei bis vier Stunden ist man unterwegs, denn der Slum ist groß. Die Menschen leben die auf engstem Raum. Das sind für mich jedes Mal die erschütterndsten Momente. Erst seit meiner ersten Hausbesuchsrunde weiß ich, was Slum wirklich bedeutet. Die Hütten stehen dicht an dicht, Größe etwa drei mal drei Meter, fast alles Wellblech ohne Fenster, mitunter eine Liegestatt für die ganze Familie, mitunter auch ein Sofa oder so etwas Ähnliches. Häufig liegt nur eine Matratze auf dem festen Lehm Boden. Bis jetzt kann ich mir nicht vorstellen, wie die Menschen dort schlafen. Gekocht wird oft im Freien mit Spiritus oder auf kleinen Holzkohleöfchen, aber auch in der Hütte. Durch die Enge gibt es viele und ganz schwere Verbrennungen.

Zwischen den Hüttenreihen, sozusagen in der Mitte, läuft aller Unrat in einem kleinen Rinnsaal ab, sodass man ständig hin und her springen muss, weil der Platz zum Laufen an der Seite ganz schmal ist. Dazwischen tummeln sich spielende Kinder, Hühner und Enten, manch mal auch noch Ziegen. Es sind „Gemeinschaftsklos“ und mitunter auch Duschen vorhanden. Aber alles fließt, natürlich ungeklärt, in den Rinnsalen ab bis zum Fluss. Wasser muss häufig von weit herangeschleppt wer-

den. Es gibt keinerlei öffentliche Reinigung oder Müllabfuhr. Umso bewundernswerter immer wieder, dass die meisten Patienten sauber zu uns kommen.

Nach der Mittagspause arbeiten wir weiter, bis alle Patienten versorgt sind. Meist sind wir gegen 17 Uhr fertig, wenn nicht, wie häufig, noch zu guter letzt ein Schwerstkranker gebracht wird. Wir müssen unsere Arbeit deutlich vor Anbruch der Dunkelheit beenden, denn unsere Mitarbeiter sollen noch im Helten nach Hause kommen. Die Straßen sind leider nicht sicher, was wir auch jeden Tag an Verletzungen bei uns sehen. Wir wissen dann nicht immer, ob es der Beraubte oder der Räuber ist.

Ich laufe abends häufig allein zurück über „meine Müllhalde“ und versuche etwas Abstand zu gewinnen. begleitet von dem unermüdlichen „How are you“ der Kinder. Ich kann dann nur noch müde zurücklächeln. Als „German doctors“ sind wir im Slum sicher und ich bewege mich ohne Angst in dem Menschengewühl. Alles ist auf der Straße. Was sollen sie auch in ihren dunklen Hütten machen.

Im Klosterhof, in dem unsere barackenähnlichen Häuschen stehen, wird dann erst einmal ein Kaffee oder auch ein Bier getrunken und etwas verschnauft. Abschalten ist schwierig. Es werden immer wieder nochmals Behandlungen besprochen oder bei einem anderen Fachkollegen Rat geholt, Wir haben ja glücklicherweise immer verschieden Fachärzte vor Ort.

Dann geht es zur letzten Runde. Die Medikamente für den nächsten Tag müssen gerichtet oder neue Lieferungen einsortiert werden. Irgendwann nach 19 Uhr gibt es ein wohlschmeckendes Abendbrot. Gekocht hat es Michael, unser guter Hausgeist. Einmal in der Woche stehen Fleisch und einmal Eier auf dem Speiseplan.

Abends sitzen wir dann mitunter noch in unsrem Hof zusammen und unterhalten uns. Aber oft bin ich froh, wenn man ich mich aus dem Trubel einmal zurückziehen kann, um ein bisschen zu lesen, Musik zu hören, zu schreiben oder meine Bilder zu bearbeiten.

Das Zusammenleben in einer ständig wechselnden Gruppe ist nicht immer einfach.

Helga Lemme

Linksfraktion sieht den Verkauf von Anteilen der Stadtwerke sehr kritisch

Die notwendige und stetige Haushaltskonsolidierung muss in Leipzig mit neuen Ideen verbunden werden. Da ist der Verkauf von 49 Prozent der Anteile der Stadtwerke wahrlich ein alter Hut, von dem sicher keinerlei positive Ergebnisse erwartet werden können.

1. Der zu erzielende Verkaufserlös für 49 % muss nach meinen Berechnungen bei 350 bis 400 Millionen Euro liegen, um den Verkauf für die Stadt ökonomisch

misch sinnvoll zu machen.

2. Die Unternehmen Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB), Stadtwerke (SWL) und Kommunale Wasserwerke (KWL) stehen dann unter dem Zwang, alle Preise und Tarife in die höchste Kategorie zu fahren. Das heißt, die Leipziger müssen die Zeche zahlen.

3. Wie aus der Presse zu erfahren war, hat die LVV-Führung das Konzept selbstherrlich geboren, ohne sich zu

beraten. Insbesondere wurden der Stadtrat und der Aufsichtsrat übergegangen.

Bis zu einer Beschlussfassung müssen alle Alternativen, die der Haushaltsanierung dienen, sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Der Schaden für die Leipziger und die Beschäftigten könnte ansonsten beträchtlich sein. Der Beitrag der LVV zum Haushalt muss mit den Stadträten bzw. Aufsichtsräten und nicht gegen diese diskutiert werden.

*Reiner Engelmann
stellv. Fraktionsvorsitzender*

Die Fraktion Die Linke.PDS fordert Verantwortung der Bauherren für Auswirkungen des Prestigeobjekts City-Tunnel ein!

Die hervorragenden Protagonisten des City-Tunnelbaues in Leipzig, der ehemalige Oberbürgermeister und jetzige Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee sowie der ehemalige Leipziger Stadtbaurat und jetzige Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup, haben sich aus der Verantwortung für ihr Prestigeobjekt verabschiedet.

Doch was diesen beiden Herren gelang, darf nicht für die Stadt Leipzig, den Freistaat Sachsen und die Deutsche Bahn gelten. Die Bauherren dürfen nicht aus der Verantwortung für die Kollateralschäden des City-Tunnels entlassen werden.

Die Leipziger Linksfraktion hat von Anfang an, als Rufer in der Wüste, stets vor der Gefahr einer Kostenexplosion gewarnt. Wir waren es, die den Kostenanteil der Stadt für das Großprojekt begrenzen wollten. Leider hat die Mehrheit im Stadtrat dies nicht mit ge-

tragen.

Aber auch wenn wir immer gegen das Großprojekt standen, jetzt geht es um mehr.

Mit der Ankündigung der Bauzeitenverlängerung und den logistischen Rahmenbedingungen für Erdaushub und cityweiter Untergrundstabilisierung werden vor allem klein- und mittelständige Unternehmer, Händler, in einem Maße belastet, dass man um ihre Existenz bangen muss. Wir erwarten deshalb, dass der Oberbürgermeister Burghard Jung von den Partnern mit Erfolg fordert, dass die negativen Folgen des Großprojektes abgemildert werden. Für die betroffenen Unternehmen und Händler muss wirtschaftlicher Schaden so weit wie möglich fern gehalten werden. Die Vertreter unserer Fraktion werden das Thema in den Ausschuss Wirtschaft und Arbeit einbringen. Wir wollen, dass der Fach-

ausschuss das angeblich bestehende Gestaltungskonzept prüft und im Sinne der Betroffenen begleitet.

Die Erfahrungen aus dem Projekt Eisenbahnstraße sollten dabei behilflich sein. So sollen Vertreter der betroffenen Händler an den Bauberatungen teilnehmen, um frühzeitig auf die Bauabläufe reagieren zu können. Sie sollten auch Einfluss darauf haben, dass Bauabläufe ggf. zu ihren Gunsten verändert werden.

Das sächsische Wirtschaftsministerium wird aufgefordert umgehend einen Fonds aufzulegen, damit berechnete Entschädigungsforderungen ausgezahlt werden können. Die Bearbeitung von Entschädigungen soll unbürokratisch vollzogen werden und die Auszahlung nicht erst erfolgen, wenn es für das betroffene Unternehmen zu spät ist.

Die Fraktion Die Linke.PDS will, dass unsere Innenstadt auch während der Bauphasen für Bürger, Touristen und Kunden interessant und erlebenswert bleibt.

*William Grosser
Anne Draheim*

Delegiertenkonferenz verschoben

Die 5. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz wurde wegen dem programmatischen Konvent von Linkspartei.PDS und WASG Sachsen vom 7. Oktober 2006 auf den **11. November 2006** verschoben. Die vorläufige Tagesordnung und der Veranstaltungsort bleiben unverändert bestehen.

Subbotnik

Am Samstag, den 30. September 2006 findet im Liebknecht-Haus, Braustraße 15 der nächste Subbotnik statt. Beginn ist um 9:00 Uhr.

Wer mitarbeiten will meldet sich bitte telefonisch in der Geschäftsstelle unter 0341 14064411.

Forum

Am Montag, den 25. September 2006 – 19:30 Uhr: Droht der Ausverkauf der Stadt? (Teil)Verkauf der Stadtwerke: Welchen Preis zahlen die Bürgerinnen und Bürger? Welche Vorteile bietet eine eigenständige kommunale Energieversorgung? Vortrag und Diskussion: Prof. Dr. Peter Henricke (Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie). Moderation: Bernhard Krabiell (Geschäftsführer ver.di Bezirk Leipzig/Nordsachsen) Veranstalter: Anti-PRivatisierungs-Initiative Leipzig APRIL.

Regelmäßige Termine

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 15:00 Uhr und 18:30 Uhr

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Parteireform von unten

jeden 3. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, (Arbeitsberatung) und jeden 4. Dienstag, (thematische Veranstaltung, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:30 bis 11:00 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

IG Wohnungs- und Mietpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Montag, 18:00 Uhr

Terminvorschau

Do., 21. September 2006 - 19:00 Uhr

Mitreden über Europa. Europa diskutiert über die Zukunftsfragen der Europäischen Union. u.a. mit Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes - DIE LINKE sowie VertreterInnen der anderen Parteien. Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6

Mo., 25. September 2006 - 17:30 Uhr

„Perspektiven einer vereinten Linken“ oder Wie geht es weiter mit Linkspartei und WASG? Gast: Ralf Stautenberg, WASG. Linkspartei.PDS Wiederitzsch. Begegnungszentrum Wiederitzsch, Delitzscher Landstr. 38

Di., 26. September 2006 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum Leipzig und „Rotfuchs“ Regionalgruppe Leipzig laden zur Diskussion: „Linke Partei notwendig - aber wie?“ mit Prof. Ekkehard Lieberam und Siegfried Kretzschmar. LHL.

Di., 26. September 2006 - 18:00 Uhr

musikalischer Vortrag: Dmitrie Schostakowitsch - ein großer russischer Komponist, weder Staatskünstler noch Dissident. Gast: Prof. Werner Wolf. Außerdem spricht Dr. Volker Külöw zu den kulturpolitischen Leitlinien Leipzigs. Seniorentreff, Karl-Heine-Str. 41.

Di., 26. September 2006 - 18:30 Uhr

Diskussionsforum: Stirbt früher, wer arm ist? Gesundheitspolitik im Geiste des Neoliberalismus und wachsenden Widerstandes. Mit Herbert Weißbrod-Frey, (ver.di), Frank Spieth, (MdB), Dr. Cornelia Heintze, Stadtkämmerin a. D. und Dr. Dietmar Pellmann (MdL). Moderation: Bernhard Krabiell,

Volkshaus, Karl-Liebknecht-Straße 30/32

Mi., 27. September 2006 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Der Krieg gegen den Libanon – ein Eckpfeiler der angestrebten »Neuordnung« des Nahen Ostens Mit Prof. Dr. Sarkis Latchinian, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider. Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Do., 28. September 2006 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Christ sein heute. Diskussionsgrundlage: Jonathan Böhm, stud. theol., Universität Leipzig. Eine Veranstaltung von WAK-Leipzig. RLS.

Fr., 29. September 2006 - 18:00 Uhr

„Unterm Dach“ - Literaturcafe am Freitag: „Erzählen & Schreiben“ Lesung und Begegnung mit der FREITAGSWERKSTATT / Verein DIALOG e. V. Veranstalter: AG LISA. LHL.

Mi., 4. Oktober 2006 - 18:00 Uhr

LINKES FORUM SACHSEN: Podiumsdiskussion: Unterschiedliche Herkünfte und der Parteineubildungsprozess zwischen Linkspartei und WASG. Mit Thomas Händel, Bundesvorstand der WASG, und Dr. Hans Modrow, Ehrenvorsitzender der Linkspartei.PDS. Moderation: Dr. Monika Runge, MdL. Alte Handelsbörse.

Do., 5. Oktober 2006 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Bildungspolitik in Sachsen. Mit MdL Cornelia Falken. LHL.

Do., 5. Oktober 2006

Ausstellungsbeginn: „Land und Freiheit. Der Kampf der Zapatista“. Thematische Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Filmabend und Party sind in Arbeit. linxxnet.

Sa., 7. Oktober 2006 - 18:00 Uhr

Ossi-Party und Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Gezeigt wird der Film: „Helden wie wir“. Der Eintritt ist frei.

Do., 12. Oktober 2006 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung der Neuerscheinung: Werner Bramke: Die Krise der Demokratie. Mit dem Autor Prof. Dr. Werner Bramke, Leipzig. In Zusammenarbeit mit dem Verlag Faber & Faber. RLS.

Di., 17. Oktober 2006 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Der »deutsche Oktober« 1923 – verpasste Gelegenheit oder revolutionäre Illusion?. Mit Dr. Harald Jentsch, Historiker, Frankfurt am Main. RLS.

Mi., 18. Oktober 2006 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: „Die Arbeitswelt im Wandel: Arbeitsmarkt - Kapitalverwertung - Lebenswelt“ Diskussionspartner: Gen. Dr. Dieter Janke, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. d. 18. Oktober 10 a

Mi., 18. Oktober 2006 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Marxismus und Psychoanalyse – Der sekundäre Krankheitsgewinn als Scharnier zwischen den Funden Marx' und Freuds. Mit Dr. Fritz Erik Hoevels, Freiburg. RLS.

Mi., 18. Oktober 2006 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Kuba, die USA und die Menschenrechte – Staatsterrorismus in der Karibik. Mit Horst Schäfer, Journalist, Berlin. Moderation: Prof. Dr. Hans Piazza. Kulturelle Umrahmung: Singclub „Che Guevara“, Dresden. Volkshaus, verdi-Saal, V. Etage.

Impressum:

Herausgeber:

Linkspartei.PDS Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18
homepage: <http://www.linkspar-tei-leipzig.de>, email: vorstand@linkspar-tei-leipzig.de

Spendenkonto:

Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion:

Steffi Deutschmann, Christine Halle, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung:

Sören Pellmann

Druck:

GNN-Verlag Schkeuditz, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 10/2006 ist Donnerstag, 5. Oktober 2006. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.